

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/141

Bonn, den 28. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Schnell und unbürokratisch</u> Vor dem nächsten Akt der Wiedergutmachung	23
1	<u>Ein Skandal</u> Mittel für den Strassenbau sind erschöpft	23
2	<u>Zwischenrufe aus Bavaria</u> Das Zwiespältige in Herrn Strauß	48
3	<u>Die Jugend findet sich leichter</u> Enge Zusammenarbeit von deutschen und italienischen Jungsozialisten	33
4	<u>Der Mann der neuen Politik: Ion Gheorghe Maurer</u> Architekt des neuen Rumänien Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	51
5 - 6	<u>Drei Konferenzen - drei Maßstäbe ?</u> Portugal, Südafrika und die Staaten der Dritten Welt Von Pierre Simonitsch, Genf	26

Schnell und unbürokratisch

Vor den nächsten Akt der Wiedergutmachung

sp - Nach den Parlamentsferien wird der Bundestag eine Novelle zum Gesetz der Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus zu beraten und zu verabschieden haben. Zahlreiche Probleme sind leider bisher ungelöst geblieben; zB das der Beweisführung für Krankheitschäden während Haft und Illegalität, die Frage des sogenannten Stichtages für jüdische Flüchtlinge, die nach 1953 aus kommunistisch beherrschten Ländern zu uns kamen, sowie der Komplex der Berufschadenrente für Witwen von Verfolgten, die schon vor 1953 gestorben sind. Die Bundesrepublik hat schon viel für die Wiedergutmachung getan. Bedrückend ist aber immer wieder die Feststellung, daß zahlreiche Wiedergutmachungsverfahren äußerst bürokratisch und schleppend erledigt werden, so daß in vielen Fällen die Antragsteller schon gestorben sind, wenn es endlich zu einer Entscheidung kommt. Erstaunlich ist mitunter auch, wie hartnäckig die eine oder andere Behörde die "Beweisführung" für erlittenes Unrecht vom Antragsteller fordert, obwohl dieser doch während oft jahrelanger KZ-Haft oder Illegalität natürlich nicht in der Lage war, "Beweisstücke" für die erlittenen Folterungen, Freiheitsberaubungen oder andere Schikanen anzulegen. Die Bundesrepublik darf die Frage der Wiedergutmachung nicht nur als finanz- oder verwaltungstechnisches Problem sehen. Es genügt nicht, Prozesse gegen Massermörder zu führen; den Geschundenen und Verfolgten des Dritten Reiches, ihren Witwen und Waisen muß in jeder Beziehung die Gewissheit gegeben werden, daß unser demokratischer Rechtsstaat ihr Opfer würdigt.

Ein Skandal

Mittel für den Strassenbau sind erschöpft

sp - Was vorauszusagen war, ist nun eingetroffen. Der Bundesstrassenbau kann ab September nicht mehr fortgesetzt werden, da die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel erschöpft sind. Der redelustige Bundesverkehrsminister Sachse trägt für diesen trostlosen Zustand nicht einmal die Hauptverantwortung; diese liegt bei den Koalitionsparteien, die es zuließen, daß das Aufkommen aus der Mineralölsteuer zur Hälfte anderen, zweckfremden Aufgaben, zufließt. 4 000 Menschen finden in jedem Jahr auf den Strassen der Bundesrepublik den Tod, ganz abgesehen von den materiellen Schäden, die in einige Milliarden DM gehen. Bei der Beratung des Haushalts hatte die SPD-Bundestagsfraktion beantragt, wenigstens 55 Prozent der Mineralölsteuer dem Strassenbau zuzuwenden. Ihre Sprecher beschworen das aller sichtbare Elend auf unseren Strassen herauf. Sie warnten auch vor den möglichen Folgen, doch sie stießen auf taube Ohren, die Koalitionsparteien verschlossen sich den besten Sachargumenten. Das alles grenzt schon an einen Skandal. Verkehrsxperten haben ausgerechnet, daß der Strassenverkehr, Lebenselement eines modernen Industriestaates, zusammenbrechen muß, wenn der Strassenbau nicht jene Priorität erhält, die ihm zukommt. Aber man braucht kein Verkehrsfachmann zu sein, um das zu wissen; jedermann bekommt heute selbst die Strassenschmerzen zu spüren. Hier wird eine Gemeinschaftsaufgabe geradezu auf sträfliche Weise vernachlässigt. Wir alle bezahlen dies mit dem Tod von Tausenden von Menschen und schweren materiellen Schäden.

Zwischenrufe aus Bavaria

Das Zwiespältige in Herrn Strauß

H.B. - Franz Josef Strauß unterläßt nichts, um sich ins Gespräch zu bringen, um darzulegen, was in Ludwig Erhards Kabinett alles schief läuft, weil bei der letzten Reglerungskrise, der Strauß-Krise, auf seine weitere Mitarbeit verzichtet wurde.

Strauß sendet Telegramme nach Bonn, Protesttelegramme sogar. So war es bei den Auseinandersetzungen um die Kriegsopferversorgung, so war und ist es jetzt in der Frage der Gebührenerhöhungen im Fernmoldewesen der Bundespost.

Seit Ende Februar weiß CSU-Chef Strauß haargenau um diese Pläne seines CSU-Kollegen Stücklen, spätestens seit dem 14. Juli dieses Jahres weiß Strauß, daß die teilweise geradezu wucherischen Erhöhungen **e i n s t i m m i g**, also mit den Stimmen der CSU, beschlossen wurden. Dennoch schickte Franz Josef Strauß ein Protesttelegramm nach Bonn, ohne natürlich zu vergessen, die Presse zu benachrichtigen.

In der Fernsehsendung "Unter uns gesagt" war Bundeskanzler Erhard schon am 2. Dezember 1963 von Jens Pedersen - damals wegen der Kriegsopfervoten - auf das Zwiespältige in Herrn Strauß angesprochen worden. Erhard antwortete damals wörtlich: "Ich glaube nicht, daß es **p r i m ä r** das Motiv von Herrn Strauß ist, mir Schwierigkeiten zu machen. Und die ganzen Kombinationen, daß da sozusagen politische Absichten dahinter stehen, das glaube ich nicht ...". Ob Ludwig Erhard das auch heute, vor allem auch nach den Auseinandersetzungen um Europa-Politik und Deutsch-französische Union noch nicht glaubt? Und wenn es, um mit Erhard zu sprechen, nicht primär das Motiv ist, ihm Schwierigkeiten zu machen, so könnte es doch zumindest das sekundäre Motiv sein. Primär natürlich - und insoweit kann man hier Erhard sogar folgen - dürfte es Strauß darauf ankommen, sich selber aufzuwerten. Und das um beinahe jeden Preis!

Dafür hat der CSU-Chef gerade in der Frage der Telefongebühren ein Musterbeispiel gegeben. Der BILD-Zeitung sagte der Parteivorsitzende des CSU-Postministers: "Ich hoffe, daß sich das Kabinett nochmals mit dieser Frage beschäftigen wird. Denn hier geht es um die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers. Ludwig Erhard kann nicht einerseits Bundestagspräsident Gerstenmaier (wegen des Bundeshausneubaus) zur Ordnung rufen (!!!), gleichzeitig Maßhalte-Appelle an die Wirtschaft richten, andererseits aber selber mit schlechtem Beispiel vorgehen. Der Kanzler kann sich Entscheidungen nicht länger ausweichen und sie durch Gesundheitsereignisse ersetzen!"

Am gleichen Tage, als diese Strauß-Attacke in BILD zu lesen war, hat das Kabinett unter Vorsitz von "Gesundbeter" Erhard und in Anwesenheit der CSU-Minister erneut einstimmig beschlossen, es bei den Gebührenerhöhungen zu belassen.

Man wird gespannt sein dürfen, wie Franz Josef Strauß und seine Wackern sich am Mittwoch dieser Woche verhalten werden, wenn der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion auf der Tagesordnung stehen wird, die Telefongebührenerhöhungen wieder rückgängig zu machen und die Post anderweitig zu sanieren.

Die Jugend findet sich leichter

Enge Zusammenarbeit von deutschen und italienischen Jungsozialisten

sp - Im März dieses Jahres hatten sich Vertreter der italienischen und deutschen Jungsozialisten in Stuttgart getroffen, um über die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der beiden Organisationen zu beraten. Die Stuttgarter Tagung bekam ein besonderes Gewicht durch die Teilnahme des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner und des Mitgliedes des italienischen Parlaments Alberto Pemporad. Nach einer sehr ausführlichen Aussprache der 40 jungen Sozialdemokraten aus den beiden Ländern wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der jede Organisation durch drei Mitarbeiter vertreten sein soll.

In diesen Tagen traf sich das gemeinsame Komitee zur ersten Arbeitssitzung in Rom. Die Aufgaben des Komitees wurden dabei klar umrissen. So soll erreicht werden, daß die jungen Menschen Italiens und Deutschlands sich besser kennenlernen, gegenseitiges Verständnis füreinander haben und gemeinsam für die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa eintreten. Ganz besonders wollen sich die deutschen Jungsozialisten für die italienischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik einsetzen. Das Komitee wird künftig von den beiden Sekretären Bruno Palmiotti und Horst Seefeld abwechselnd geleitet.

Bei der Tagung in Rom wurden die ersten praktischen Ergebnisse erzielt. Im Oktober dieses Jahres wird eine Delegation der deutschen Jungsozialisten zu einem einwöchigen Besuch nach Bologna fahren. Die Deutschen haben die italienischen Jungsozialisten eingeladen zur Teilnahme an verschiedenen Seminaren, zu einer Studienfahrt nach Berlin und zu einer besonderen Tagung, bei der vor allem Fragen der Gastarbeiter behandelt werden sollen.

Verschiedene Städte und Landkreise werden in der nächsten Zeit Partnerschaftsverhältnisse miteinander eingehen. Bei größeren Veranstaltungen in Italien sind Referate von deutschen Vertretern über die Rolle der SPD und über das Godesberger Grundsatzzprogramm vorgesehen. Beide Organisationen versicherten in Rom noch einmal, alles zu tun, ihre Regierungen zur Schaffung eines europäischen Jugendwerkes aufzufordern. - Die nächste Sitzung wird gegen Ende des Jahres in Deutschland stattfinden.

Der Mann der neuen Politik: Ion Gheorghe Maurer

Architekt des neuen Rumänien

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Das rumänische Streben nach größerer Unabhängigkeit von Moskau, das in den letzten Monaten in so faszinierender Weise zu einem bevorzugten Interessengegenstand der Weltöffentlichkeit geworden ist, hat den Namen eines Mannes ausserordentlich stark in den Vordergrund gerückt: Ion Gheorghe Maurer. Nicht so sehr um den eigentlich starken Mann des Landes, Gheorghe Gheorghiu-Dej, der Partei- und Staatschef zugleich ist, sondern den bislang als einer unter vielen in der Partei-hierarchie rangierenden Ministerpräsidenten Maurer konzentrierte sich das Geschehen.

Wer ist der Mann, der sich so stark in den Vordergrund der neuen rumänischen Politik gespielt hat? Ion Gheorghe Maurer wurde 1902 in der rumänischen Hauptstadt Bukarest geboren. Seine Familie, wohlhabend und intellektuell, die deutscher Abstammung ist, war dorthin aus Siebenbürgen übergesiedelt. Ion Maurer studierte, wie so viele junge Intellektuelle der Zwischenkriegszeit in Osteuropa, Rechtswissenschaften an der Bukarester Universität. Und wie so manche seiner Zeitgenossen liebäugelte der junge Maurer schon früh mit der kommunistischen Bewegung, durch deren Aktionen er sich eine Besserung der alles andere als erfreulichen Zustände des königlichen Vorkriegsrumäniens versprach. In den dreissiger Jahren verteidigte er die später in Ungnade gefallene rumänische Spitzenkommunistin Ana Pauker, um 1936 selbst Mitglied der illegalen KP Rumäniens zu werden.

Während des zweiten Weltkrieges wurde Ion Gheorghe Maurer inhaftiert. In dem Lager Tirgu Jiu ist er in dieser Zeit mit Gheorghe Gheorghiu-Dej zusammengetroffen und soll maßgeblich zu dessen rettender Entlassung beigetragen haben. Seine Tätigkeit nach dem Kriege konzentrierte sich auf Fragen des Wiederaufbaus seines Landes. Zwischen 1944 und 1947 war er Unterstaatssekretär im Verkehrs- und später im Wirtschaftsministerium. Parallel damit begann bereits seine Parteikarriere. Im Oktober 1945 wurde er Mitglied des Zentralkomitees der KP Rumäniens. Neben seiner politischen Arbeit blieb er Direktor des Bukarester Instituts für Rechtsforschung, um schließlich 1956 sogar in die Rumänische Akademie der Wissenschaften aufgenommen zu werden.

Zu gleicher Zeit begann jedoch seine eigentlich Karriere als Staatsmann und Politiker. Im Juli 1957 übernahm Maurer das Aussenministerium, um nach dem Tode Petru Grozes im Januar 1958 als Vorsitzender der Nationalversammlung nominelles Staatsoberhaupt zu werden. Die Wahl in das Politbüro der Partei war nun fast eine Selbstverständlichkeit, sie erfolgte 1960. Nach der Reorganisation des Staatsapparates im Juli 1961, wobei Maurer die Funktion eines Staatspräsidenten an Gheorghiu-Dej abgab, - er blieb jedoch einer der stellvertretenden Staatspräsidenten - übernahm er das nun immer bedeutender werdende Amt des Regierungschefs.

Intelligent, kultiviert, redigewandt und sicher im Auftreten, das ist der Mann, der Rumänien mit auf den Weg des erwachenden Selbstbewußtseins führen half. Fast noch mehr als Gheorghiu-Dej scheint Maurer - zumindest rein vordergründig - ein Vertreter der neuen rumänischen Politik zu sein. Mögen maßgebende Impulse für die Kreierung der neuen rumänischen Politik sicherlich auch von Maurer ausgegangen sein, ohne und gegen den Parteichef Gheorghiu-Dej wären sie freilich kaum zu verwirklichen gewesen.

Drei Konferenzen - drei Maßstäbe ?

Portugal, Südafrika und die Staaten der Dritten Welt

Von Pierre Simonitsch, Genf

Zum erstenmal in der Geschichte der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen verliessen die Vertreter des Westens eine internationale Konferenz zum Zeichen des Protestes. So geschahen dieser Tage während der Internationalen Erziehungskonferenz in Genf, die von der Unesco zur Unterstützung ihres Kampfes gegen den Analphabetismus einberufen wurde. Der Zankapfel war einmal mehr die Teilnahme von Regierungsvertretern aus Lissabon und Pretoria. In der noch mehr historisch gewordenen Resolution von Addis Abeba haben sich nämlich 1963 die meisten afro-asiatischen Staaten verpflichtet, diese beiden Länder (neben Rhodesien, das aber kaum international in Erscheinung tritt), die als Letztere eine offene Kolonial- beziehungsweise Rassentrennungspolitik vertreten, aus allen überstaatlichen Körperschaften zu verdrängen.

Bojkott

In diesem Sinne hatten die jungen Staaten der "Dritten Welt" bereits im vergangenen Jahr mit dem Boykott Südafrikas und Portugals auf der Internationalen Arbeitskonferenz begonnen. Es war jedoch den gemäßigten Kreisen gelungen, einen kurzfristigen Modus vivendi zu finden - der Regierung in Pretoria wurde nahegelegt, auf eine Teilnahme an der Arbeit vorläufig zu verzichten - und das ehrwürdige Forum vor einem Chaos zu bewahren. Nichtsdestoweniger sah man der diesjährigen 48. Arbeitskonferenz, die sich neben der laufenden administrativen Fragen vor allem mit Empfehlungen von neuen Konventionen zu den Themen "Frauenarbeit" und "Unter-Lage-Arbeit von Jugendlichen in den Bergwerken" zu befassen hatte, mit Unbehagen entgegen.

Die Befürchtungen sollten sich glücklicherweise als unbegründet erweisen; der ausschließlich pragmatische Charakter der Konferenz wurde allgemein respektiert. Allerdings wurde die Verfassung der OIT (Organisation Internationale du Travail) insofern geändert, als künftig die Konferenz ermächtigt ist, bei einer gleichlaufenden Aktion der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit den Ausschluss einzelner Mitgliedsstaaten zu beschliessen. Die eingebrachte Klage gegen Portugal wurde von der Kommission der OIT aus formellen Gründen zurückgewiesen, und die darauffolgende Intervention des Delegierten von Haiti als Sprecher der Klägerstaaten war in einem durchaus dezenten Ton gehalten. Die Debatten waren sachlich und man erlebte den ungehörlichen Vorgang, daß der ägyptische Regierungsvertreter der Teilnehmergruppe ihren "weiten Horizont" bescheinigte, der argentinische Arbeitgebervertreter den bulgarischen Vorsitzenden zu seiner Kompetenz, Geduld und seinem "tiefen demokratischen Geist" beglückwünschte und der polnische Arbeitnehmervertreter feststellte, die Diskussion habe die vorgelegten Texte empfindlich verbessert.

Noch versöhnlicher schienen die Entwicklungsländer auf der Welt-Wandelskonferenz, wo zu keinem Zeitpunkt versucht wurde, Südafrika oder Portugal auf die Tagesordnung zu bringen. Der afro-asiatische Block begründete sich mit einer theoretischen Verurteilung der Rassentrennung und der Kolonialpolitik und beschloß nur in einer Privatsitzung, mit den beiden diskriminierten Regierungen "nicht zusammenzuarbeiten".

Der Ausschluß Portugals verlangt

Um so überraschender kam daher die strikte Anwendung der Resolution von Addis Abeba auf der Erziehungskonferenz, auf deren Tagesordnung rein technische Fragen wie der Meinungsaustausch über Methoden zur Alphabetisierung und zur Erwachsenenbildung standen. Nachdem Südafrika von vornherein auf die Teilnahme verzichtet hatte, verlangte nunmehr die Mehrzahl der anwesenden afrikanischen Delegationen stürmisch den Ausschluß Portugals, obwohl eine solche improvisierte Maßnahme nach den Statuten der Organisation nicht möglich ist. Als die Afrikaner dann eine diesbezügliche Abstimmung durchsetzen wollten, kam es zum offenen Bruch: die westlichen Vertreter, die Lateinamerikaner und selbst der kubanische Vertreter verließen demonstrativ den Sitzungssaal. Die Ostblockländer - obgleich auch ihnen die Sache nicht ganz geheuer erschien - stellten sich aus taktischen Gründen hinter die Scharfmacher der "Dritter Welt". Daraufhin entzogen die Unesco und das Internationale Erziehungsbüro der amputierten Konferenz ihre Unterstützung. Der österreichische Unterrichtsminister Kowotny demissionierte von seinem Posten als Vorsitzender, die Übersetzer räumten das Palais Wilson und die Konferenz mußte vertagt werden.

Alle jene Delegierten, die der Konferenz den Rücken gekehrt hatten, stellten dazu fest, daß sie ihre Entscheidung keineswegs aus Sympathie für die portugiesische Kolonialpolitik getroffen hatten, sondern aus dem einzigen Grund, weil sie nicht zu Komplizen der Illegalität in den internationalen Körperschaften werden wollten. Der kubanische Delegierte erklärte auf eine Herausforderung von Seiten des Vertreters Kuweits, daß er es nicht nötig habe, seine antikolonialistischen Gefühle zu beteuern; allerdings legte er zwei Tage später, wahrscheinlich auf einen Wink aus Havanna hin, den Rückwärtsgang ein und schloß sich dem afrikanischen Block an.

Gefährliches Spiel

Nach Ansicht der Beobachter ist die kompromißlose Torpedierung der Erziehungskonferenz, vor allem durch die jungen Staaten Afrikas, (sieben asiatische Staaten enthielten sich der Stimme) als ein Test zu beurteilen, zu dem eine internationale Tagung mit einem weniger hohen Einsatz als etwa die Welthandelskonferenz herhalten mußte. Daraus erklärt sich die ebenso konsequente Haltung des Westens. Dieses Spiel mit der Eliminierung einzelner Länder aus dem Konzert der Nationen durch Mehrheitsbeschlüsse - so moralisch vertretbar die Sanktion in manchen Fällen auch sein mag - ist gefährlich. Niemand weiß, wer als nächster an die Reihe kommen könnte.